

zwar in der Yangzistadt Wuhan.

Daß diese Verhaftungen so schnell in aller Welt bekannt wurden – und dort große Schlagzeilen machten – war eine Folge der Öffentlichkeitsarbeit des in Hongkong ansässigen Informationszentrums für Menschenrechte und Demokratiebewegung – erneut ein Beweis dafür, daß die SVZ Hongkong durchaus eine Sonderstellung innerhalb der Volksrepublik hat, die nicht nur auf dem Papier steht.

In der westlichen Welt gab es sogleich Proteste. Die USA bezeichneten die Festnahme der Dissidenten als Schritt in die falsche Richtung. Das Außenministerium in Beijing forderte das Ausland daraufhin auf, sich nicht in die inneren Angelegenheiten Chinas einzumischen – die übliche Abwehrreaktion.

Am 3. Dezember setzte sich der neue deutsche Außenminister Fischer demonstrativ mit dem mittlerweile in die USA exilierten – und zur Zeit auf Deutschlandtour befindlichen – Dissidenten Wei Jingsheng ins Benehmen. Beijing protestierte gegen diesen Schritt und wies darauf hin, daß er zu einer Verschlechterung der chinesisch-deutschen Beziehungen führen könne.

Bereits am 2. Dezember hatten 191 chinesische Menschenrechtsaktivisten in einem offenen Brief an die Regierung die Freilassung der drei festgenommenen Dissidenten gefordert. Sie warfen der KPCh-Führung Heuchelei vor. Beijing habe zwar Anfang Oktober den UNO-Menschenrechtspakt unterzeichnet, verstoße nun aber offen gegen grundlegende Prinzipien. Die Menschenrechtsslage in China verschlechtere sich ständig, hieß es in der Petition. -we-

---

## Innenpolitik

---

### 5 Regierung scheitert mit Gesetzesvorlage im Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses

Auf seiner 5. Sitzung (27. Oktober bis 4. November) hat der Ständige Ausschuß des IX. Nationalen Volkskongresses (NVK) eine Reihe von wichtigen Gesetzesvorlagen behandelt. (FZRB und RMRB, 28.10.-6.11.1998) Dabei wurde nach teils lebhaften Debat-

ten und Detailänderungen in den Entwurfsvorlagen das Gesetz über die Organisation der Dorfkomitees (*cunweihui zuzhifa*, siehe die separate Übersicht zu diesem Gesetz) verabschiedet und eine Entscheidung über die Novellierung des Adoptionsgesetz (*shouyangfa*) gebilligt. Außerdem stimmten die Delegierten mehreren internationalen Verträgen und personellen Umbesetzungen in Organen der Zentralregierung zu (siehe im Detail „Monthly Data“ im hinteren Teil dieses Heftes).

Hingegen erwiesen sich die Vorlagen über das Straßengesetz (*gonglu-fa*), das Gesetz über den Verwaltungseinspruch (*xingzheng fuyifa*), das Militärdienstgesetz (*bingyifa*), das Wertpapiergesetz (*zhengquanfa*) sowie das Vertragsgesetz (*hetongfa*) als noch nicht verabschiedungsreif und wurden vom Ständigen Ausschuß des NVK zur Wiedervorlage in einer der nächsten Sitzungen bestimmt.

Insbesondere die Neufassung des Straßengesetzes, für die mehrere Minister persönlich vor den Delegierten geworben hatten, traf auf scharfe Kritik im Ständigen Ausschuß des NVK. Einige prominente Delegierte – so zum Beispiel der ehemalige Parteisekretär und Gouverneur Hainans, Ruan Chongwu – schwangen sich mit vehementen Stellungnahmen zu Verteidigern der Interessen von lokalen Verwaltungen und bäuerlicher Bevölkerung auf.

Denn der von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf sah eine Abschaffung von 216 (der 1996 insgesamt 249) verschiedenen Straßen- und Kraftwagengebühren vor, die von lokalen Verwaltungen in China erhoben werden und ihnen rund 116 Mrd. Yuan RMB einbringen. Statt dessen schlugen das Verkehrsministerium und das Finanzministerium die Erhebung einer neuen Treibstoffsteuer vor, die vornehmlich dem Haushalt der Zentralregierung zugute kommen soll. (XNA, 17.11.1998)

Die Delegierten kritisierten diesen Vorschlag jedoch offen als „Rückfall in die Planwirtschaft“, als Benachteiligung der lokalen Verwaltungen und darüber hinaus auch als unzumutbare Mehrbelastung für ländliche Haushalte, die auf günstige Treibstoffe angewiesen seien, ohne jedoch regelmäßig öffentliche Straßen zu benutzen. Die Aufteilung der Einnahmen aus der geplanten Treibstoffsteuer und Kompensationsmöglichkeiten für bäuerliche Haushalte müßten in einer Überar-

beitung des Straßengesetzes zunächst geklärt werden. Das überarbeitete Gesetz ist nun zur Wiedervorlage für die nächste Sitzung des Ständigen Ausschusses vorgesehen. -hei-

### 6 Gesetz über dörfliche Selbstverwaltungsorgane – Grenzen der Basisdemokratisierung

Der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses verabschiedete am 4. November das Gesetz über die Organisation der Komitees der Bewohner von Dörfern (*cunmin weiyuanhui zuzhifa*), das die dörflichen Selbstverwaltungsbefugnisse umfassend regeln soll. Dieses Gesetz, das bereits auf drei Sitzungen des Ständigen Ausschusses erörtert worden war und unter den Delegierten Kontroversen hervorrief, löst das vor zehn Jahren zur Probe (*shixing*) verabschiedete Vorläufergesetz ab und trat mit der Unterzeichnung und Bekanntmachung durch den Staatspräsidenten in Kraft. (Text in: RMRB, 5.11.1998)

An der Abfassung des Gesetzestextes durch das federführende Ministerium für Zivile Angelegenheiten hatten auch mehrere ausländische Berater mitgewirkt, die – zum Teil finanziert von westlichen Regierungen und Stiftungen – einen Beitrag zur Demokratisierung Chinas an der dörflichen Basis leisten wollten. Die Wahlen in Chinas Dörfern haben unter westlichen Entwicklungshilfeorganisationen und jüngst auch in den westlichen Medien eine beträchtliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen.

Seit den achtziger Jahren wurden in den meisten Dörfern Chinas unter Kontrolle der Kommunistischen Partei geheime Direktwahlen von Dorfkomitees und Dorfvorstehern durchgeführt. Dabei kam es regional zu sehr unterschiedlichen Resultaten: In manchen wirtschaftlich und kulturell höher entwickelten Dörfern entwickelte sich tatsächlich ein lebendiges demokratisches Leben; in anderen Dörfern hingegen gewannen mit Hilfe der Wahlen archaische Klanstrukturen oder zahlungskräftige Unternehmerpersönlichkeiten die Führung; in vielen Dörfern wurden zwar Wahlen abgehalten, die zu wählenden Kandidaten aber wurden wie zuvor von Organen der Kommunistischen Partei bestimmt und unterstützt.

Das Experiment mit demokratischen Wahlen läßt sich als Reaktion der poli-

tischen Führung auf die Einflußschwächung der Kommunistischen Parteior-gane in den Dörfern verstehen. Die Schwächung der Parteikontrolle wurde mit der ländlichen Entkollektivierung seit Anfang der achtziger Jahre ausgelöst. Die Wahrung der politischen und sozialen Stabilität auf dem Lande – nicht eine „Demokratisierung von unten“, wie sie viele westliche Berater erhoffen – ist denn auch das erklärte Hauptziel, das die chinesische Regierung mit dem neuen Gesetz verfolgt. Die Führungsrolle und die Eingriffsrechte der Kommunistischen Partei bleiben in der Praxis uneingeschränkt.

Das neue Gesetz nimmt einerseits eine notwendige Klärung der Modalitäten von dörflichen Wahlen und der Kompetenzen von dörflichen Selbstverwaltungsorganen vor. Verbreitetem Wahlbetrug und sonstigen Manipulationen soll dadurch ein Riegel vorgeschoben werden. Andererseits wurden in das Gesetz zwei Bestimmungen aufgenommen, die ein Einfallstor für politische Beschneidungen der dörflichen Selbstverwaltung bieten:

- Die Basisorgane der Kommunistischen Partei auf den Dörfern nehmen unter Wahrung der Vorschriften in Verfassung, Gesetzen und Parteistatut eine „Funktion als Führungskern“ wahr und „unterstützen und garantieren die Betätigungen der Dorfbewohner in der Selbstverwaltung“.
- Darüber hinaus sind die Volksregierungen auf der Gemeinde-Ebene dazu angehalten, die Arbeit der Dorfkomitees „anzuleiten“ (*zhidao*) und zu unterstützen, sich zugleich aber jeder direkten Einmischung in die vom Gesetz geregelten Selbstverwaltungskompetenzen der Dorfkomitees zu enthalten. Die Dorfkomitees wiederum sollen den Gemeinderegierungen in deren Arbeit „Hilfe leisten“ (*wiezh*).

Beide Vorschriften können gegebenenfalls zu einer vollständigen Aushebelung der dörflichen Selbstverwaltung genutzt werden und trafen deshalb auch auf Bedenken im Ständigen Ausschuß des NVK. (XNA, 28.10.1998) Ad-hoc-Interventionen durch Partei- und Regierungsorgane bleiben gegenwärtig und wurden auch im November aus mehreren Dörfern wieder bekannt.

(SCMP, 2.11.1998; *Sing Tao Jih Pao*, 7.11.1998) Die tatsächlichen Selbstverwaltungskompetenzen hängen von den lokalen politischen Verhältnissen und Beziehungsnetzen sowie vom Geschick der jeweiligen Dorfleitung ab. -hei-

## 7 Hochrangige Korruptionsermittler entlassen – Korruption in der Staatsanwaltschaft

Der Direktor und Stellvertretende Direktor der Abteilung für Korruptionsermittlungen bei der Obersten Volksstaatsanwaltschaft, Luo Ji und Huang Lizhi, sind vom Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses ihrer Ämter enthoben worden. Der im Frühjahr neu berufene Generalstaatsanwalt Han Zhubin hatte die Amtsenthebung aufgrund nicht näher bezeichneter Disziplinarvergehen der beiden Funktionäre vorgeschlagen.

Luo Ji hatte 1996 Aufsehen erregt, als er in einem Fernsehinterview unter Tränen andeutete, daß seine Ermittlungen gegen hochrangige Korruptionsverdächtige häufig durch ungenannte Mächte blockiert würden. In Hongkong wurde berichtet, daß Luo selbst Gelder unterschlagen haben soll, die im Zusammenhang mit Korruptionsfällen von der Staatsanwaltschaft konfisziert wurden. (FAZ, 5.11.1998; IHT, 5.11.1998; SCMP, 23.10.1998; XNA, 22.10.1998)

Die Korruption in der Justiz ist gegenwärtig ein Schwerpunkt der Disziplinierungsbemühungen der Parteiführung. Gegen 750 Staatsanwälte soll wegen Korruptionsdelikten ermittelt werden. In einer neuen Verordnung der Obersten Volksstaatsanwaltschaft werden die Kompetenzen der Ermittlung und Strafverfolgung in Korruptionsfällen nun unter mehrere Abteilungen aufgeteilt, um eine bessere Kontrolle über die internen Abläufe sicherzustellen. Direktoren der Abteilungen für Korruptionsermittlung werden künftig rotieren und in regelmäßigen Intervallen in andere Abteilungen versetzt.

Das frühere Verfahren hat sich offensichtlich als unzureichend für die Bekämpfung des Amtsmissbrauchs erwiesen. Erklärtes Ziel der Obersten Volksstaatsanwaltschaft ist es, mit Hilfe horizontaler und vertikaler interner Kontrollen die Korruption in diesem Zweig der Justiz einzudämmen. Darüber hinaus wird eine kollektive Entschei-

dungsfindung innerhalb der Staatsanwaltschaften eingeführt, die individuelle Korruption verhindern soll. Die hierarchische Aufsicht und Anleitung gegenüber untergeordneten Staatsanwaltschaften wird gestärkt. Eine feiner abgestimmte Rang- und Gehaltsordnung soll außerdem Weisungsbefugnisse klären und Karriereanreize bieten. -hei-

## 8 Schlag gegen die „Demokratische Partei Chinas“ und Verhaftungen von Dissidenten

Mit der Inhaftierung einer Reihe von Aktivisten der „Demokratischen Partei Chinas“ (siehe C.a. 1998/9, 933-939) – darunter Xu Wenli – und einem landesweiten Vorgehen gegen Gründungszellen dieser Partei und gegen prominente Dissidenten außerhalb Beijings haben die chinesischen Staatssicherheitsorgane ihre seit Frühjahr währende Zurückhaltung im Umgang mit der politischen Opposition beendet. (NYT, 28.10.1998; AP, 1.12.1998; IHT, 3.11.1998; SCMP, 3./5.12.1998)

Die Entscheidung zum offenen Schlag gegen die Dissidenten muß auf höchster politischer Ebene gefallen sein. Die Verzögerung in der Unterdrückung der oppositionellen Aktivitäten läßt auf einen zumindest zwischenzeitlich fehlenden Konsens in der Parteispitze oder auf zeitlich begrenzte, taktische Rücksichten im Hinblick auf die internationale Reputation Beijings schließen. Denn in den Vormonaten hatten sich die Sicherheitsbehörden – vermutlich aufgrund undeutlicher oder zur Zurückhaltung mahnender Weisungen aus Beijing – meist auf einzelne Schikanen und mehrstündige Verhöre im Umgang mit den Dissidenten beschränkt.

Nun drohen den verhafteten politischen Aktivisten langjährige Freiheitsstrafen, da sie wegen Gefährdung der „Staatssicherheit“ oder wegen „Umsturzversuchs“ angeklagt werden sollen. -hei-

## 9 Unterdrückung von Geheimkulten und protestantischen Hauskirchen

Ende 1995 war in der Provinz Anhui der Geheimkult des „Gesalbten Königs“ (*Beiliwang*) von den chinesischen Sicherheitsorganen zerschlagen worden. Der charismatische Führer

der ländlichen Massensekte, Wu Yangming, war damals zum Tode verurteilt und hingerichtet worden. Ihm wurden in einem dubiosen Verfahren mehrere Vergewaltigungs- und Betrugsdelikte vorgeworfen (siehe C.a. 1995/12, S.1093-1094).

Ein Gefolgsmann Wu Yangmings hat in den vergangenen Jahren jedoch die Lehren des unterdrückten chiliastischen Kultes, der einen Wechsel der Herrschaftsordnung im Jahre 2000 prophezeit, in ländlichen Gebieten der Provinzen Hunan, Jiangxi, Guangxi und Yunnan weiterverbreitet. Nach einer Meldung der *Nanguo zaobao* (Guangxi, zit.n. SCMP, 1.12.1998) hat Liu Jianguo bis zu zehntausend Anhänger für die nun „Gottgeist“ (*zhushen*)-Sekte genannte Bewegung gewinnen können.

Liu Jianguo wird voraussichtlich das gleiche Schicksal erleiden wie Wu Yangming. Liu wurde zusammen mit zwanzig seiner engsten Gefolgsleute bereits im Juni in Hunan verhaftet. Er ist angeklagt, Gemeinde der staatlich kontrollierten „Patriotischen Kirche“ unterwandert zu haben. Darüber hinaus wird ihm in auffälliger Analogie zum Verfahren gegen Wu Yangming zur Last gelegt, mehrere Frauen aus seiner Gefolgschaft vergewaltigt und illegal große Spendensummen erpreßt zu haben.

Gegenüber den offiziellen Vorwürfen ist wie schon im Falle Wu Yangmings Vorsicht angebracht, da sie womöglich der Diskreditierung religiöser Führer in der Bevölkerung dienen sollen. Messianische Gestalten und chiliastische Religionsbewegungen treffen in der ländlichen Gesellschaft aufgrund zunehmender sozialer Verwerfungen und wegen der Nähe des Jahres 2000 auf großen Widerhall. Diese Entwicklung bereitet der Regierung immer wieder Schwierigkeiten (siehe auch C.a. 1994/5, S.476-482, 1995/3, S.182-183).

Die religiöse Unterdrückung traf im Oktober und November auch verstärkt die protestantischen Hauskirchen in mehreren Provinzen: 70 Prediger der „illegalen“ Hauskirchen-Bewegung, an deren Versammlungen in Privatwohnungen oder unter freiem Himmel landesweit schätzungsweise mehrere Millionen Gläubige regelmäßig teilnehmen, sollen nach Angaben der Menschenrechtsinitiative „Human Rights in China“ (Press Release No.79, November 24, 1998) derzeit in Haft sitzen.

Die Sicherheitsbehörden in der Provinz Henan, die schon häufiger wegen ihres besonders gewaltsamen Vorgehens gegen Christen aufgefallen sind, nutzten ein inoffizielles Treffen führender Köpfe der Hauskirchen-Bewegung Ende Oktober zu einer umfassenden Verhaftungsaktion. Ein Kirchenführer, Li Qingrui, wurde bei dieser Aktion angeschossen. Eine andere Protagonistin der Bewegung, Cheng Meiyang, wurde von Polizisten in der Untersuchungshaft offenbar so schwer geschlagen, daß sie bleibende Hirnschädigungen davongetragen hat. Folterungen und die Erpressung von exorbitanten Bußgeldern sind nach Angaben der Menschenrechtsgruppe gängige Praktiken der Sicherheitsbehörden im Umgang mit Angehörigen der Hauskirchen. -hei-

---

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

---

### 10 Biowissenschaften

An der Universität Tianjin wurde kürzlich ein neues Zentrum für Biowissenschaften und Biotechnologie gegründet. Das neue Institut besteht aus drei Forschungszentren, einem für Biomedizin, einem für Biotechnologie und einem für Biologische Information. Präsident des Instituts wurde Zhang Chunting, Akademiemitglied der Chinesischen Akademie der Wissenschaften. Zum Akademischen Rat des Instituts zählen acht Wissenschaftler der Akademie der Wissenschaften und der Akademie der Ingenieurwissenschaften. Die Universität Tianjin hat sich auf dem Gebiet der Biowissenschaften und Biotechnologie einen Namen gemacht, und ihre Forschung auf dem Gebiet der Biologischen Information soll zu den fortgeschrittensten in der Welt gehören. In das neue Forschungszentrum wurden 10 Millionen Yuan investiert. (XNA, 9.11.98)

Die als Zukunftswissenschaft gelten den Biowissenschaften werden in China mit großem Nachdruck entwickelt, erhofft sich das Land doch gerade auf diesem Gebiet eine Entwicklung, die es im nächsten Jahrhundert zu einer der führenden Wissenschaftsnationen

aufsteigen läßt. So beteiligt sich China beispielsweise intensiv an der Entschlüsselung der menschlichen Genetik. In China sind 30 Laboratorien damit beschäftigt, die menschlichen Genome zu entziffern. Weltweit hofft die Wissenschaft, bis zum Jahre 2005 alle der 100.000 menschlichen Genome zu entdecken. (XNA, 10.11.98)

Bei aller weltweiten wissenschaftlichen Kooperation legt der chinesische Staat jedoch größten Wert darauf, seine eigenen biologischen Ressourcen zu schützen und nicht ohne weiteres zur Verfügung zu stellen. Erst jüngst hat ein an der Schule für geistiges Eigentum der Beijing-Universität für Biologie zuständiger Wissenschaftler gefordert, die Rolle der Eigentumsrechte hinsichtlich genetischer, biochemischer und anderer biologischer Ressourcen zu überprüfen. Dies sei insbesondere angesichts der Konvention über biologische Artenvielfalt erforderlich. Zu den biologischen Ressourcen, so der Wissenschaftler, die mit der genetischen Vielfalt von Pflanzen, Tieren und Mikroben zusammenhängen, zähle eine Unmenge von Chemikalien, die in Pharmazeutika, Kosmetika, Nahrungsmitteln usw. Verwendung fänden. Genetische Ressourcen würden allgemein als gemeinsames Erbe betrachtet, doch die Länder, die diese Ressourcen zur Verfügung stellen und bewahren, erhielten normalerweise von den Nutznießern anderer Länder keinen unmittelbaren wirtschaftlichen Vorteil. Generell arbeiteten Wissenschaftler, deren Erfindungen den Schutz geistigen Eigentums genießen, in den entwickelten Ländern, während die Entwicklungsländer üblicherweise die biologischen Ressourcen stellten, aber nicht teilhätten an fortgeschrittener Forschung, die zu geschützten Erfindungen führe. Die Konvention über biologische Artenvielfalt zeige, daß der Schutz geistigen Eigentums indirekt wirtschaftliche Anreize für Bewahrung schaffen könne. Die Menschen müßten den nachhaltigen Gebrauch der biologischen Artenvielfalt erreichen, wie er in der Konvention gefordert werde. (XNA, 10.11.98)

Die Frage der Eigentumsrechte an Genen wird derzeit nicht nur in China diskutiert; in mehreren Ländern und Volksgruppen ist das Problem thematisiert worden, nicht zuletzt unter dem Aspekt der „Biopiraterie“. Auch die UNESCO hat sich des Themas angenommen und eine Deklaration